

Stand: 10.02.2026 06:14:40

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9918

"Nein heißt nein! - Strafbarkeitslücken im Sexualstrafrecht schließen"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9918 vom 04.02.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/10908 des VF vom 05.04.2016
3. Beschluss des Plenums 17/11134 vom 20.04.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 71 vom 20.04.2016



## Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Nein heißt nein! – Strafbarkeitslücken im Sexualstrafrecht schließen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Strafbarkeitslücken im Sexualstrafrecht geschlossen werden und die Istanbul Konvention des Europarats vom 11. Mai 2011 endlich im deutschen Strafgesetzbuch umgesetzt wird, so dass für die Verwirklichung des Straftatbestands ein klares „Nein“ des Opfers ausreicht, auch wenn nicht zugleich der Tatbestand der Gewalt oder Nötigung vorliegt.

### **Begründung:**

Der § 177 des Strafgesetzbuchs (StGB) entspricht nicht den Anforderungen der Istanbul Konvention des Europarats vom 11. Mai 2011. Darum wird seit langen eine Reform des § 177 StGB gefordert, beispielsweise vom Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bbf) – (Studie vom Juli 2014, Kongress Oktober 2010), vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KfN), vom Deutschen Juristinnenbund (djb), von Terre des Femmes (TdF) und von vielen weiteren Expertinnen und Experten. Auch in den Landtag wurde diese Forderung mehrfach eingebracht – zuletzt durch den Antrag Drs. 17/3210 vom 2. Oktober 2014 der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und in den Deutschen Bundestag durch den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drs. 18/5384 vom 1. Juli 2015.

Die aktuelle Tatbestandsformulierung führt dazu, dass nur ein geringer Teil der angezeigten Vergewaltigungen zu Verurteilungen führt. Eine Ursache dafür ist die zu enge Fassung des Tatbestands des Vergewaltigungsparagrafen des StGB. Seit 2006 der Bundesgerichtshof eine einschränkende Auslegung des Tatbestandsmerkmals „mit Gewalt“ vorgegeben hat, ist der Anteil der Verurteilungen an den Vergewaltigungen zurückgegangen. Darum ist durch eine Änderung der Gesetzesformulierung darauf hinzuwirken, dass diese Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung auch tatsächlich bestraft werden. Es kann nicht sein, dass zur Verteidigung der eigenen sexuellen Selbstbestimmung eine klar und deutlich geäußerte Ablehnung nicht ausreichend sein soll, sondern das Opfer gezwungen sein soll, selbst sich mit körperlicher Kraft wehren zu müssen.

In den letzten Wochen gab es etliche Äußerungen aus den Reihen der Unionsparteien, die den Eindruck erweckten, dieses Problem lösen zu wollen.

„Sexualdelikte sind keine Kavaliärsdelikte. Sie widersprechen der sexuellen Selbstbestimmung und verletzen die Menschenwürde sowie die körperliche Unversehrtheit. Deshalb sorgen wir dafür, dass gemäß Art. 36 der Istanbul-Konvention die Gesetzeslücke bei Vergewaltigung geschlossen wird. Für den Straftatbestand muss ein klares „Nein“ des Opfers ausreichen, auch wenn nicht zugleich der Tatbestand der Gewalt oder Nötigung vorliegt.“ (Beschluss des Bundesvorstands der CDU Deutschlands anlässlich der Klausurtagung am 8. und 9. Januar 2016 in Mainz)

„(...) Dazu müssen auch bestehende Strafbarkeitslücken bei sexuellen Übergriffen endlich geschlossen werden. (...)“ Arbeitstagung der CSU-Landtagsfraktion vom 19. bis 21. Januar 2016 in Wildbad Kreuth: „Resolution zu den Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht in Köln“.

„(...) Der Vergewaltigungsparagraf muss verschärft werden. (...)“ Dr. Florian Herrmann, CSU, MdL, in der Bayerischen Staatszeitung am 15. Januar 2016.

Diesen Ankündigungen müssen nun umgehend auch Taten folgen und die seit langem überfällige Novellierung der §§ 177 ff. StGB muss nun sofort umgesetzt werden.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen**

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,  
Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
Drs. 17/9918

**Nein heißt nein! - Strafbarkeitslücken im Sexualstrafrecht schließen**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Katharina Schulze**  
Mitberichterstatler: **Dr. Franz Rieger**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 10. März 2016 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Ablehnung
  - SPD: Enthaltung
  - FREIE WÄHLER: Zustimmung
  - B90/GRÜ: ZustimmungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 39. Sitzung am 5. April 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Ablehnung
  - SPD: Enthaltung
  - FREIE WÄHLER: Zustimmung
  - B90/GRÜ: ZustimmungAblehnung empfohlen.

**Franz Schindler**  
Vorsitzender



## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/9918, 17/10908

**Nein heißt nein! – Strafbarkeitslücken im Sexualstrafrecht schließen**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

### **Abstimmung**

**über eine Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)**

Bevor ich abstimmen lasse, teile ich Ihnen mit, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner gestrigen Sitzung den Antrag der Abgeordneten Schreyer-Stäblein, Dr. Rieger, Brückner und anderer und Fraktion (CSU), Aiwanger, Streibl, Dr. Fahn und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Subsidiaritätsangelegenheit – Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen von Dienstleistungen", Drucksache 17/10874, zugestimmt hat.

(Unruhe)

– Wir haben Zeit.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Wir auch!)

– Danke, es passt schon. – Im Einzelnen verweise ich hierzu auf den für Sie aufgelegten Antrag und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses. Die Subsidiaritätsangelegenheit ist die Nummer 1 der aufgelegten Liste.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den Voten der einzelnen Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimme. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Jetzt komme ich zurück zur Zweiten Lesung des Gesetzentwurfs der Staatsregierung zur Änderung des Lehrerbildungsgesetzes und zum Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 17/9699, der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/11005 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus auf der Drucksache 17/10935.

Vorweg ist über den von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingereichten Änderungsantrag auf der Drucksache 17/11005 abzustimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die Fraktion der CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Zum Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus Zustimmung mit der Maßgabe, dass der Satz 1 im neu einzufügenden Artikel 5a Absatz 6 eine neue Fassung erhält. Im Einzelnen verweise ich hierzu auf die Drucksache 17/10935. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen stimmte bei seiner Endberatung der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zu. Ergänzend schlägt er vor, in § 2 als Datum des Inkrafttretens den "1. Mai 2016" einzufügen.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Änderung zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

(Zuruf von der CSU: Gibt es jetzt keine Namentliche?)

- Nein, Sie haben für die Schlussabstimmung eine Namentliche beantragt, das ist die dritte Abstimmung. Die kommt erst noch. – Bitte zeigen Sie die Stimmen an, wenn Sie zustimmen möchten. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen?
- Keine Stimmenthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Für die Schlussabstimmung wurde von der CSU eine namentliche Abstimmung beantragt. Wir beginnen jetzt mit der Abstimmung. Fünf Minuten, bitte!– Noch eine Minute!

(Namentliche Abstimmung von 14.19 bis 14.24 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Stimmen werden außerhalb des Plenarsaals ausgezählt. Ich darf Sie bitten, jetzt wieder Platz zu nehmen.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit und die Anträge, die jeweils nicht einzeln zu beraten waren, zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Europaangelegenheit**

1. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein, Dr. Franz Rieger, Michael Brückner u.a. CSU, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Subsidiarität**

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen

COM (2016) 128 final

BR-Drs. 114/16

Drs. 17/10874, 17/11079 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für

Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

**CSU**

**SPD**

**FREIE WÄHLER**

**GRÜ**



**Verfassungsstreitigkeit**

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 30. März 2016 (Vf. 13-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
1. des Art. 3 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz – LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBl S. 277, ber. S. 620, BayRS 111-1-I), zuletzt geändert durch Art. 10 a Abs. 1 des Gesetzes vom 23. Juni 2015 (GVBl S. 178),
  2. des § 13 der Wahlordnung für Landtagswahlen, Volksbegehren und Volksentscheide (Landeswahlordnung – LWO) vom 16. Februar 2003 (GVBl S. 62, BayRS 111-1-1-I), zuletzt geändert durch Art. 10 a Abs. 2 des Gesetzes vom 23. Juni 2015 (GVBl S. 178)

PII/G 1310.02-0013

Drs. 17/10932 (E)

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

**CSU****SPD****FREIE WÄHLER****GRÜ****Anträge**

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Studie über das Unrecht der Heimerziehung und die Folgeschäden bei den ehemaligen Heimkindern in Bayern  
Drs. 17/8400, 17/10782 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

**CSU****SPD****FREIE WÄHLER****GRÜ**

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Alternativen zur Heimunterbringung für pflegebedürftige ehemalige Heimkinder –  
Spezialisierte Beratungsangebote und ambulant betreute Wohnmöglichkeiten  
sicherstellen  
Drs. 17/8402, 17/10875 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen u.a. SPD  
Inklusion jetzt: Lehrerbildung im Zeichen der Inklusion  
Drs. 17/8714, 17/10895 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Ausweitung der Sondermaßnahme für die Lehrkräfteversorgung auch für Schulen  
in freier Trägerschaft  
Drs. 17/9349, 17/10896 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD  
Pflegenotstand entgegenwirken - Potenziale von Migrantinnen und Migranten nutzen  
Drs. 17/9795, 17/10892 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bedarfsermittlungsstudie zum Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen und Kinder in Bayern unverzüglich vorlegen.  
Drs. 17/9834, 17/10876 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Managementpläne der Natura 2000-Gebiete veröffentlichen  
Drs. 17/9812, 17/10884 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD  
Chancen für Bayerns Milcherzeuger nutzen – Installation eines "Weidemilchlabels" vorantreiben  
Drs. 17/9841, 17/10900 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD  
Gefahren für die Honigbiene durch Pflanzenschutzmittel mit den Wirkstoffen  
Sulfoxaflor bzw. Flupyradifurone  
Drs. 17/9845, 17/10901 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner,  
Georg Rosenthal u.a. SPD  
Verzögerung der Sanierung des Staatstheaters am Gärtnerplatz  
Drs. 17/9855, 17/10899 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,  
Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Nein heißt nein! – Strafbarkeitslücken im Sexualstrafrecht schließen  
Drs. 17/9918, 17/10908 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Reinhold Bocklet, Eberhard Rotter,  
Erwin Huber u.a. CSU  
Bericht über Angebotsverschlechterung bei Regionalzügen auf der Strecke nach  
Lindau  
Drs. 17/9976, 17/10898 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer u.a. CSU  
Hochwasserschutz und Grundwasserspiegel stärken – mehr Wasser in den Wäldern versickern lassen  
Drs. 17/9990, 17/10885 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer u.a. und Fraktion (CSU)  
Mantelverordnung – bayerische Praxis bei der Verfüllung beibehalten  
Drs. 17/10009, 17/10886 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Neue Berechnungsmethode für Flächenverbrauch  
Drs. 17/10151, 17/10888 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Inklusion vorantreiben – Bilanz der schulartunabhängigen Beratung  
Drs. 17/10156, 17/10893 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Angelika Schorer,  
Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU  
Bayerischer Naturschutzfonds I –  
Mittelausstattung und Mittelverwendung sowie Zahlen zur Förderung  
des Flächenerwerbs  
Drs. 17/10172, 17/10889 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias,  
Martina Fehlner u.a. und Fraktion (SPD)  
Bücherverkauf des Museums Otto Schäfer in Schweinfurt  
Drs. 17/5720, 17/10920

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst,  
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**

21. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner,  
Georg Rosenthal u.a. SPD  
Begleitung der kommentierten Ausgabe von "Mein Kampf"  
Drs. 17/6174, 17/10921

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst,  
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**

22. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr u.a.  
SPD  
Aufnahme in die FOS 13 auch mit Notendurchschnitt bis 3,0  
Drs. 17/7158, 17/10894 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus,  
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**

23. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Lohndumping in staatlicher Verantwortung stoppen –  
Wissenschaftliche Volontariate angemessen entlohnen!  
Drs. 17/7653, 17/10757

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst,  
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**